

30. 6. 2005

Landtag von Niederösterreich  
Landtagsdirektion  
Eing.: 30.06.2005  
zu Ltg.-**424/R-1/2-2005**  
~~Ausschuss~~

## Resolutionsantrag

desr Abgeordneten Moser und Weninger

zur Vorlage der Landesregierung betreffend Rechnungsabschluss des Landes Niederösterreich für das Jahr 2004, LT-424/R-1/2

betreffend **Österreichische Stromlösung**

In einer gemeinsamen Erklärung haben im Jahr 2002 der Bund und die Länder Niederösterreich, Wien, Burgenland und Oberösterreich die Verbundgesellschaft und die betreffenden Landesgesellschaften beauftragt, Verhandlungen zur Bildung einer „Österreichischen Stromlösung“ aufzunehmen. Dem gingen jahrelange ergebnislose Bemühungen zu einer Zusammenarbeit des größten Stromproduzenten mit den Landesgesellschaften voran. Mit dem Auftrag zur Bildung der „Österreichischen Stromlösung“ war auch die Absage an das vorher verfolgte Projekt einer Fusion der Verbund-Wasserkraftwerke mit jenen des Energiekonzerns E.ON verbunden. Mit dem E.ON-Deal wären wesentliche Anteile an der österreichischen Wasserkraftproduktion an das Ausland gegangen.

Das nach mehrmonatigen Verhandlungen erzielte positive Ergebnis wurde in der Folge von allen beteiligten Partnern paraphiert und gemeinsam von Bundeskanzler, Wirtschaftsminister und den Landeshauptleuten der Öffentlichkeit präsentiert. In der Folge hat das Vorhaben auch die europäische Kommission kartellrechtlich genehmigt. Die geforderten Auflagen wurden zwischenzeitlich erfüllt.

Kern des Modells sind zwei gemeinsame Gesellschaften, mit Hilfe derer durch die Zusammenfassung der Wasserkraftwerke des Verbundes und der thermischen Kraftwerke der Landesgesellschaften sowie durch die Zusammenarbeit der Partner im Bereich des Großkundenvertriebs Kostenvorteile erreicht werden sollen.

Dieses Modell wurde zuletzt vom Vorstand der Verbundgesellschaft in Frage gestellt. Trotz Vorliegen aller Voraussetzungen ist es bisher nicht zur Umsetzung der Österreichischen Stromlösung gekommen.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass namhafte Energieexperten, wie zuletzt Univ.Prof. Dr. Christian von Weizsäcker, die europaweite Tendenz zur Bildung vertikal integrierter Energieunternehmen durch die Zusammenführung von Handel, Erzeugung und Vertrieb aufzeigen. So aufgestellte Unternehmen gewinnen Kostenvorteile aus ihrer Größe, die sie auch an die Kunden weitergeben können, und reduzieren die Risiken in Produktion und Handel. Die Bildung der Österreichischen Stromlösung ist der Nachvollzug dieser in anderen Ländern bereits abgeschlossenen Entwicklung. Dabei wird auch auf die Größenverhältnisse hingewiesen; so verkauft etwa der französische Atomstromkonzern EdF zehn Mal so viel Strom wie die gesamte österreichische Energiewirtschaft, beim deutschen Energiekonzern E.ON ist es das Achtfache. In seiner Analyse hat Prof. Weizsäcker festgestellt, dass der Strompreis in Österreich im europaweiten Vergleich niedrig ist und z.B. 30 % unter dem der Deutschen liegt.

Es wäre ein schwerer historischer Fehler, die Chance zu einem gemeinsamen Weg in der österreichischen Stromwirtschaft zu verpassen und damit einem Ausverkauf dieser standortpolitisch wichtigen Schlüsselindustrie an ausländische Großkonzerne die Tür zu öffnen. Wie groß die diesbezüglichen Begehrlichkeiten sind, zeigen die Engagements etwa der EdF in der Steiermark, des RWE in Kärnten, der Ruhrgas in Salzburg, aber auch der Ankauf von Aktien der EVN durch die EnBW, wobei diese Aktien vorher von der Verbundgesellschaft gehalten wurden.

Alle zu Verhandlungsbeginn genannten Argumente sprechen heute mehr denn je für die Österreichische Stromlösung. Sie bringt den beteiligten Unternehmen geringere Kosten und erhöht damit ihre Wettbewerbsfähigkeit bzw. sichert Preisvorteile für alle Kunden. Sie sichert den österreichischen Stromkunden den heimischen Wasserkraftstrom, sie erhöht die Versorgungssicherheit, da der hier erzeugte Strom auch vor Ort abgesetzt wird und sie schützt dauerhaft vor einem volkswirtschaftlich schädlichen Ausverkauf der Energieunternehmen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

**Antrag:**

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, beim Bund darauf zu drängen, dass die Österreichische Stromlösung so rasch als möglich zur Umsetzung kommt.